



Deutsche müssen länger arbeiten

Berlin – Die gute Nachricht für die Deutschen: Der Pensionsbeitrag, der derzeit 19,5 Prozent des Einkommens beträgt und 2007 auf 19,9 Prozent ansteigen wird, soll bis zum Jahr 2020 nicht über 20 Prozent steigen. Die schlechte Nachricht für die Deutschen: Dafür müssen sie allerdings auch länger arbeiten.

Am Dienstag hat sich die große Koalition auf letzte Details zum Reformprojekt „Rente mit 67“ geeinigt. Vom Jahr 2012 an bis zum Jahr 2029 soll das Pensionsantrittsalter schrittweise von 65 auf 67 Jahre erhöht werden, betroffen sind alle Geburtsjahrgänge ab 1947. Wer 45 Jahre lang seine Beiträge einbezahlt hat, soll aber auch weiterhin mit 65 Jahren in Pension gehen können, ohne dass er Abschlüsse hinnehmen muss. Mit Abzügen rechnen müssen allerdings jene Versicherten, die sich vorzeitig pensionieren lassen wollen. Das wird künftig frühestens mit 63 Jahren möglich sein, dabei muss man aber ein Minus von 14,4 Prozent in Kauf nehmen. Außerdem hat die Koalition vereinbart, dass das Rentenniveau (Verhältnis der Pension zum Einkommen) bis 2020 nicht unter 46 Prozent fallen und bis 2030 nicht unter 43 Prozent. Kanzlerin Angela Merkel bezeichnete die Einigung als einen entscheidenden Schritt, der die Pension zukunftssicher mache. Das entsprechende Gesetz soll noch in diesem Jahr vom Bundestag verabschiedet werden.

Am heutigen Mittwoch beschließt das deutsche Kabinett ein weiteres Reformprojekt: Die Neuregelung der Erbschaftsteuer, die Übergabe von Betrieben erleichtern soll und die Koalition rund 500 Millionen Euro kosten wird. Ein Erbe kann seine Firma ab 2007 ohne Belastung durch die Erbschaftsteuer fortführen, wenn er zehn Jahre lang nach Übernahme des Unternehmens keine großen wirtschaftlichen Veränderungen vornimmt. (bau)

Der Standard, 25./26.10.06